

**Pfannkuch & Co.**  
**Christbaum-Schmuck**  
in reicher Auswahl  
**Baum-Kerzen**  
**Kerzenhalter**  
**Wunder-Kerzen**

---

**Sur Weihnachts-Bäckerei**  
**Schnitzbrot**  
(Gugelbrot)  
**Birnschnitze**  
**Seigen**  
**Zwetschgen**  
**Brotmehl**  
**Rosinen**  
**Korinth**  
**Sultaninen**

---

**Pfannkuch & Co.**  
**Terinnen**  
**schrauben,**  
gen können.  
**scholl A.-G.,**  
**Neuenbürg.**

---

**ako**  
**Wasch-**  
**Soda**  
und Hauswachs  
**Dr. Düsselhof**

---

**et Mk. 2 50**  
**beiter**  
**tuismädchen,**  
können.  
**scholl A.-G.,**  
**Neuenbürg.**

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mersch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 284.

Neuenbürg, Mittwoch, den 7. Dezember 1921.

79. Jahrgang.

## Deutschland.

**Calw, 6. Dez.** Die Deutsche demokratische Partei des Wahlkreises Calw-Neuenbürg-Ragold veranstaltet am Sonntag, den 11. Dezember, von nachm. 1/3 Uhr ab, in der Gaarerei Dreißig ein Wahlkreisversammlung mit der Tagesordnung: "Der Parteitag", Ref.: Parteiführer Dopf, "Nationalismus und Demokratie", Ref.: Abg. Rathilde Bland; Deutschlands Not und die Demokratie", Ref.: Abg. Scheer. Der Wahlkreisversammlung voraus geht eine Vertrauensmännerversammlung, die um 1 Uhr nachm. im gleichen Lokal (Brauerei Dreißig) stattfindet. Hierzu ladet die Partei die Mitglieder und Freunde der Partei des Wahlkreises herzlich ein.

**Stuttgart, 6. Dez.** Am Montag, den 12. Dezember, findet im Rath. Vereinshaus in Stuttgart der Parteitag der württembergischen Sozialdemokratischen Partei statt, bei dem Abg. Prof. Dr. Baur über "Nationalismus und Sozialpolitik", Minister Graf über "Föderalismus und Zentralismus", Justizminister Holz über die Lage der Partei und ihre Zukunft, Reichstagsabg. Andre über die Reichsfinanzien, Abg. Bod über die allgemeine Landespolitik und Abg. Lind über landwirtschaftliche Fragen berichten werden.

**München, 5. Dez.** Der wegen seiner Separationsbestrebungen u. wegen seiner Verbindung mit Dr. Dornen bekannte und vielfach angefeindete Graf Balthasar wurde aus der Bayerischen Königsparlament ausgeschlossen.

**Koblenz, 6. Dez.** Der zweite amerikanische Truppentransport hat gestern die amerikanische Botschaft verlassen.

**Berlin, 6. Dez.** Während Rathenau's Rückkehr nach Berlin sollen die Verhandlungen in London von den Bankiers Reinberg und Mendelssohn weitergeführt werden. In politischen Kreisen sieht man dem Ergebnis der Reise Rathenau's mit Besorgnis und besonderem Interesse entgegen. Auch diese Reise bringt, wie man allgemein glaubt, mit der Frage der Wiedervereinigung und des Zahlungsausschubs zusammen.

**Berlin, 6. Dez.** Bei der Beratung über die Vermögenssteuer erhofft man ein Kompromiß über die Frage der Besteuerung der Grundwerte nach dem Ertragswert oder nach dem reinen Werte. Der Dollar ist gestern an der Berliner Börse auf 188 zurückgegangen. Zahlreiche kleine Wertpapierbesitzer stehen vor dem Ruin.

**Saarbrücken, 5. Dez.** Die "Saarbrücker Landeszeitung" machte eine Unterredung mit dem kanadischen Mitgliede der Regierungskommission, Waugh, der erklärte, daß nicht beabsichtigt sei, den französischen Unterricht in den saarbrücker Schulen obligatorisch einzuführen, sondern nur als Wahlfach. Das bedeutet einen Rückschlag der Saarregierung infolge des entschiedenen Verhaltens der beteiligten deutschen Kreise. (Schritt.)

## Schluss des Parteitages der Deutschen Volkspartei.

**Stuttgart, 3. Dez.** Reichstagsabg. Dunkele berichtet über Kulturprobleme der Gegenwart. Er wies u. a. darauf hin, daß für die Weltanschauung eines Volk nicht der Standpunkt einer Partei für die Einheitsfront maßgebend sein könne. Für die Deutsche Volkspartei sei das zu erreichende Erziehungsziel für sämtliche Schulen ein christlich-nationales. Sie lehne eine Einheitsfront und vor allem als Mittel zur Beförderung von Einheitsfront als Zweck und als Ziel einer organisatorischen Einheitsfront. Das Sozialversicherungsproblem könne kein Einheitsfront mehr nach seiner kulturellen Auswirkung bewertet werden. Einen weiteren Vortrag hielt die bayerische Landtagsabg. Frau Dr. Wolf über das Kulturproblem, die u. a. betonte, daß es hauptsächlich um praktische und materielle Tendenzen gehen müsse, die unsere Zeit bestimmt hätten. Die Idee der geistigen Arbeiter sei das erstbeste aller Kulturprobleme. An alle Parlamentarier richtete die Rednerin die folgende Bitte, bei Bewilligung des Budgets nicht bei Kulturfragen zu sparen. An der Aussprache dankte zuerst ein Vertreter der besetzten Gebiete der Partei für das, was sie für die unter der Fremdberrschaft leidenden Volksgenossen getan habe. Oberkammerherr Bauer (Saarbrücken) wies auf die große Bedeutung hin, die die Frage der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen habe. Es handele sich um rund 5 Millionen Menschen, die dabei beteiligt sind. Der Redner schärferte die Frage in ihrer menschlichen, materiellen und waterländischen Beziehung. Wir haben im Reich 1 1/2 Millionen Kriegsbeschädigte, 600 000 Witwen, 3 Millionen Waisen und rund 2 bis 3 000 000 Eltern, die unterstützt werden. Dafür sind jährlich etwa 1 1/2 Milliarden Mark vom Reich zu veranschlagen. Das erscheint als gewaltige Summe. In Wirklichkeit reicht sie aber nicht aus, um zur Lebensführung der zu Unterstützten aus. Man darf nicht an unretenden Ort. Das Wichtigste aber ist die waterländische Seite der Frage. Nur der Zusammenhalt könne uns wieder hoch bringen. Wir dürfen nicht und keine neue Kasse, die Klasse der Kriegsbeschädigten schaffen, die zum größten Teil leider schon ins radikale Lager gegangen ist. Die Erziehung an die Großtaten unseres Herkes müssen wir immer wieder wachrufen. (Beifall.) Die Versammlung schloß sich zu Ehren der Kriegsbeschädigten, der Witwen und der Beschädigten von den Vätern. Nach weiterer Aussprache gelang es folgende Entschlüsse einstimmig zur Annahme:

1. Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei dankt den Fraktionen der Partei für ihre Bemühungen, die Kollage der Reichstrentner, Pensionäre und Sozialrentner zu ändern. Er drückt die Erwartung aus, daß die Deutsche Volkspartei sich weiterhin ihre ganze Kraft dafür einsetzt, diejenigen Schichten unseres Volkes, die durch die Entwertung unseres Geldes in die schwerste Not gekommen sind, durch Zusammenwirken von Reich, Land und Gemeinde das mühsam und endlich erworbenes Recht auf einen gesicherten Lebensabend zu erhalten. 2. Die von der Reichsregierung vorgebrachten Steuererhöhungen bringen eine außerordentliche Verschärfung der Verbraucherbelastung. Breite Bevölkerungsschichten werden hierdurch betroffen. Besonders den Rentrentnern, den freien Beruflichen, denen eine Erhöhung ihrer Einkommen nicht möglich ist, droht eine weitere zwangsläufige Verschärfung ihrer Lebenshaltung.

Der Parteitag richtet an die Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen, bei Erledigung der Steuererträge die wirtschaftliche Notlage dieser Kreise in Betracht zu ziehen. 3. Der Parteitag fordert seine Vertreter in den Parlamenten in Reich und Ländern auf, bei den steuerlichen Belastungen und bei der Regelung der Beamtenfragen den allgemeinen Gesichtspunkt dahingehend zur Geltung zu bringen, daß die kinderreichen Familien geschont, bzw. gebührend in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. 4. Der Reichsparteitag erwartet von der Parteileitung, daß sie ihren ganzen Einfluß in der preussischen und in der Reichsregierung ausbietet, daß den von der politischen Regierung bergewaltigten Deutschen bald und soweit wie möglich ihr Recht gesichert wird. Beigert sich die polnische Regierung nachzugeben, so sind möglichst bald die schärfsten Repressalien gegen die in Deutschland lebenden Polen zu ergreifen. 5. Der Parteitag bekämpft sich erneut zu den leitenden Gedanken und Kaufkraftkräften deutscher Kultur. 6. Der Parteitag protestiert erneut gegen die Gewalttat, die im deutschen Oberdeutschland durch die Entente begangen ist. Niemand erkennen wir die Grenze zwischen Deutschland und den von uns abgerissenen Teilen Oberdeutschlands an. Die dort wohnenden Deutschen gehören zusammen. Wir werden ihnen unerschütterliche Treue walten. Ebenso wendet sich die Entschliebung gegen eine Schwächung Preußens durch eine Abtrennung Oberdeutschlands.

Darauf folgte eine kurze Schlussansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, worauf der Parteitag abends 7 Uhr unter den Klängen des deutschen Liedes geschlossen wurde.

## Die Befragung des Reichspräsidenten.

Seit dem Tage der Wahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten, dem 11. Februar 1919, ist das Gehalt des Reichspräsidenten in seiner Höhe unverändert geblieben. Er besaß bisher 100 000 M. Gehalt und 150 000 M. Aufwandsgehalt, wozu freie Dienstwohnung mit Gerätausstattung hinzutrat. Zur Anpassung an die bestehenden Verhältnisse sollen jetzt das Gehalt des Reichspräsidenten auf 300 000 M., die Aufwandsgebühren auf 400 000 M. erhöht werden, und zwar mit Wirkung vom 1. April 1921. Für die Erhöhung der Aufwandsgebühren ist insbesondere die Notwendigkeit maßgebend, zur Pflege der Beziehungen zum Ausland erhebliche Mehrkosten einzustellen.

## Ein Aufruf Hindenburgs für die Opfer des Weltkriegs.

**Berlin, 5. Dez.** Von Generalfeldmarschall von Hindenburg geht ein solcher Aufruf zu: In den Versorgungslisten liegen leider noch viele tapfere Kriegsgenossen, die für ihr Vaterland gekämpft haben, die teilweise ihres Augenlichtes oder ihrer Gliedmaßen beraubt sind und die einem traurigen Weihnachtsfest entgegensehen. Sie sollen nicht glauben, daß sie vom deutschen Volke vergessen sind. Ich bitte daher herzlich, diese Graven mit Gaben bedenken zu wollen, damit auch ihnen ein Lichtstrahl in ihr trübes Dasein fällt. Jede, auch die kleinste Gabe aller Art, wird von den Versorgungsstellen dankbar in Empfang genommen werden. Diese Stellen im unmittelbaren Verkehr ausfindig zu machen, dürfte allen Einwohnern nicht schwer fallen.

Dannover, den 4. Dezember 1921.  
von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

## Zu den Berliner Veränderungen.

**Berlin, 5. Dez.** Wer etwa geglaubt hatte, die Kommunisten würden nach den Enthüllungen im "Vorwärts" über die Nordbernerrolle, die ihre Führer in Mitteldeutschland gespielt haben, endlich in sich geben und Ruhe geben, sieht sich durch die jüngsten Ereignisse in Berlin, bei denen große Scharen Arbeits- und Obdachloser Geschäfte im Norden und Nordosten der Stadt und in Neudölln nach dem schon vor Wochen erprobten Rezept geprügelt haben, wieder enttäuscht. Ist aus der Notlage des größten Teiles dieser Leute zu verstehen, so muß es ihnen trotzdem in einem Ordnungshaute verwehrt bleiben, zu aktiver Selbsthilfe zu greifen. Die Berliner Veränderungen, von denen etwa 100 von der Polizei abgeführt und fixiert werden konnten, sind ebenso Opfer der kommunistischen Drahtzieher, wie die Mehrzahl der mitteldeutschen Kommunisten, die ihre blinde Gefolgschaft für diese gewissenlosen Hebel abstellen nunmehr hinter Justizbanden verbären müssen. Wenn von den Unabhängigen heute mit ungewöhnlicher Begeisterung die proletarische Einheitsfront gefordert wird — ein Leitartikel in der "Arbeit" mit dieser Forderung hat in der Presse allgemeine Beachtung gefunden — so werden hoffentlich diejenigen Arbeiter, die die Grundlagen des Staates und damit die eigene wirtschaftliche Existenz durch jeden Vutichismus nicht erschüttern und ihre Lebensbedingung nicht von Gebel und Verderb einer Klasse politischer Räuber abhängig machen wollen, sich sehr wohl überlegen, ob sie zur Erreichung dieser Einheitsfront in eine Aktion gemeinsam mit Leuten eintreten wollen, die ihre Weisungen von Rostan erhalten und ihre Unternehmungen mit russischem Sowjetgeld finanzieren. Nach den Ereignissen der letzten Wochen dürfte man eigentlich hoffen, daß Vernunft eintreten wird und daß die Lodungen angebrodt verhalten.

## Ausland.

**Kein Memorandum ohne Frankreichs Zustimmung.**  
**London, 6. Dez.** Die "Morning Post" warnt vor einer Propaganda, die darauf hinführt, die Entente zu zerlören und vor dem Stimmungsplan über die Ausbeutung Russlands durch England und Deutschland. Die öffentliche Meinung in England werde sie von den Finanzexperten des englischen Kabinetts vorgeplante Lösung unter zwei Bedingungen gut heißen, erstens, daß die Alliierten sich darüber verständigen und zweitens, daß man besonders auf diejenige Nation Rücksicht nehme, auf deren Boden sich der Krieg abgepielt hat. "Freiland" heißt es wörtlich, "hat erklärt, daß er sich an die Rede Balfours halte. Wir können Herrn Briand verstehen, daß die englische Nation ein gleiches tut. Großbritannien würde lieber auf das Bestreben des Sieges verzichten, als diesen durch die

Preisgabe seines Wassenpfeils zu verlieren. Der Sieg hat um die beiden Nationen ein unüberbares Band geschlossen." Der Sinn dieser Ausführungen ist klar und deutlich genug. Alle Reparationspläne, die in England erwogen werden, haben nur theoretische Bedeutung, solange nicht die Alliierten, das heißt Frankreich, ihre Zustimmung dazu geben. Die aber die Stimmung in Frankreich ist, das wird die Rede Briands anweisen müssen.

## Zur Kriegsschuldfrage. Englands Verpflichtung.

Bericht Colanovos an den Jaren 1912: Aus diesem Anlaß beschäftigte mich Gresh aus eigenem Antrieb, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar: Das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet, Frankreich nicht nur zu See, sondern auch auf dem Kontinental durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Calw, 5. Dez.** Gestern Sonntag nachm. sprach im Kronensaal vor zahlreichen Frauen und Männern Landtagsabgeordneter Fißcher über das Thema: "Der Reichswirtschaftsrat, seine Aufgaben und die heutige Lage." Da der gelehrte Redner selbst Mitglied dieser Körperschaft als Vertreter des Handwerks ist, so wurden wir vollständig und genau unterrichtet. Dieses Parlament trat erst im Juni v. J. in Tätigkeit. Es ist daher verständlich, wenn viele Wähler von ihm gar nichts wissen, oder glauben, es sei eine Vertretung der Landwirtschaft. Aber schon Bismarck wollte diese Einrichtung unter dem Namen Volkswirtschaftsrat ins Leben rufen, ein Zeichen, wie notwendig dieselbe ist. Trotzdem kam sie nicht zustande, bis die Not der Zeit die Bildung desselben brachte. Der Reichswirtschaftsrat hat 236 Abgeordnete, und sind alle möglichen wirtschaftlichen Belange vertreten: Landwirtschaft, Gärtnerei und Kleingärtner, Industrie, Handel, Verkehr, Handwerk, Verbraucher, Beamte usw. Es sind drinnen Arbeiter und Arbeiter, Grobindustrielle, Landwirte, Handwerker, Arbeiter, und zwar die hervorragendsten Köpfe, u. Stinnes, Bosh u. a. Diese Abgeordneten arbeiten alle zusammen am Aufstiege unseres armen Vaterlandes. Allerdings ist ihre Tätigkeit vorerst nur eine beratende, gutachtliche, aber trotzdem von hoher Wichtigkeit. Der Reichstag ist mit Geschäften überlastet; viele Gesetze werden im Eilzugtempo durchgepeitscht und haben dann Mängel über Mängel. Sie wirken vielfach lächerlich und ungerichtet. Redner führte einige drastische Beispiele an. Da soll nun der Reichswirtschaftsrat eingreifen. Er soll alle Gebiete der Wirtschaft bearbeiten und begutachten. Er soll alle Gesetze auf ihre Durchführbarkeit prüfen und in gründlichster Beratung geschaffene Gutachten der Regierung vorlegen. Für eingehenden Vorbereitung der verschiedenen Gutachten sind sachverständige Ausschüsse gebildet, außerdem werden noch vielfach besondere Sachverständige zugezogen. Nun hat allerdings die Regierung die diese Gutachten vielfach nicht beachtet und nach Versailles in Spa und London ja gelangt und unterzeichnet in der Meinung, die Feinde werden ein Einsehen haben. Jetzt aber, nachdem die Erfüllungspolitik nach allen Richtungen Schiffbruch erlitten hat, nachdem die Regierung sich nicht mehr zu helfen weiß, ist man froh am Reichswirtschaftsrat, an Stinnes u. a. Damit kam Redner auf unsere heutige Lage zu sprechen. Wenn er auch hier nichts Neues sagen konnte, so beleuchteten die vielen Beispiele, die er anführte und zum Teil selbst erlebte, aufs grellste, wie übel wir daran sind. Er schilderte die Drangsalierung der Einwohner im besetzten Gebiet, den Luxus mancher Kreise und die bittere Armut in den großen Städten (Berlin). Er sagte, die Erfassung der Goldworte, besser gesagt Sachwerte, sei ein Unfinn, wir würden verunsichert und verjudet. Am meisten hätten die Arbeiter darunter zu leiden, denn Tausende können um Arbeit und Brot. In der Steuererhebung wünschte er weniger Steuerarten, aber diese müßten klarer gefast sein, kein Steuerbeamter finde sich bald mehr zurecht. Ferner gab der Redner noch Aufklärung über die Industrie-Angebote, Entlastung der Eisenbahnen usw. Zum Schluß betonte er noch die Möglichkeit unseres Aufbaues. Da müsse einmal der Bersfelder Vertrag geändert werden. Aber auch das deutsche Volk muß anders werden. Es muß vom Bismarckischen Geist durchdrungen werden, es muß einfacher werden, es muß besonders auch einig werden. Dann wird's besser werden. Wenn wir Allen auch nicht mehr erleben, so wollen wir's doch um unserer Kinder willen schaffen. Reicher Verfall folgte den temperamentvollen, von warmer Vaterlandsliebe getragenen Ausführungen. Den verdienten Dank sprach der Vorsitzende, Herr Sägemerksbesitzer Keppler, dem gewandten Redner aus.

## Württemberg.

**Calw, 5. Dez.** Am Donnerstag, den 1. Dezember, nachm. 4 Uhr, fand in der landwirtschaftlichen Winterschule der erste öffentliche Schülerabend statt. Inwieweit dieser Abend ist: die jungen Landwirte an öffentlichen Sprechen zu gewöhnen und Leute aus Stadt und Land des Dienstleistungs der landwirtschaftlichen Schule näher zu bringen. Erfreulicherweise hatten sich auch einige Gäste eingefunden. An dem Vortrag eines Schülers über Kartoffelbau schloß sich eine rege Debatte an, die den Anwesenden mancherlei neue Anregung gab. Allgemein befriedigt ging man nach dreifachem Meinungsaustausch auseinander, mit dem Wunsch, die Beteiligung des Kreises der landwirtschaftlichen Winterschule möge in Zukunft eine noch regere werden. — Der Schüler der landwirtschaftlichen Winterschule Calw veranstalteten unter sich eine Sammlung zur Anschaffung eines Rinderkaltes, die die schöne Summe von 1113 M. ergab. In ähnlichen Kreisen gingen der Winterschule vom landw. Bezirksverein Calw sowie vom landw. Bezirksverein Neuenbürg je 1000 M. zu, wofür auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Die Schule ist noch verhältnismäßig jung und so fehlt es ihr noch sehr an dem für



... die die Kassenarbeiten  
die die Kassenarbeiten  
die die Kassenarbeiten

### Verkehr.

Diebstahl am heutigen Markt  
... 141 Schen, 16 Bullen, 12  
... 316 Rabe, 651 Hälber und  
... Lebendgewicht wurden erzielt:  
... bis 700, Bullen 1 790 bis 800  
... bis 910, 2 680 bis 780, 3 280  
... 2 420 bis 520, 3 300 bis 400  
... bis 900, 3 800 bis 900, Schweine  
... 3 1450 bis 1680 Markt. Bericht  
... ft. Großvieh mäßig, Schweine

### Nachrichten.

Die bayerische Ministerkonferenz  
... in Berlin zu beantragen  
... Raddruck auf seine Mittelungen  
... worten, daß man in dem Be-  
... eriums einen Versuch sehe, die  
... zuzubringen, was rechtlich nicht zulässig  
... ist.

Das Schwurgericht  
... wegen Anfertigung  
... Tausendmarktscheinen den  
... v. Spiegel-Berlin zu  
... Scheine Betriebsleiter  
... fängnis und 5 Jahren  
... erzielten Gefängnisstrafen  
... Zwei Angestellte wurden

ein allgemeines Bankverbot  
... sind bedeutende Unternehmungen  
... etwa 10 Millionen Mark  
... agungen sind von dem  
... dorff begangen worden. Diese  
... Kriminalpolizei in seiner  
... arden noch etwa 5 1/2 Millionen

Führer der rheinischen  
... gestern hier verhaftet. Er  
... wegen schwerer  
... Da er nicht erschienen  
... Die englische  
... hatte, lehnte ein  
... Staatsanwaltschaft  
... entsprechen. Smeets  
... Reichskanzlei erschienen  
... beiden Koalitionsparteien  
... Hermann Müller-Franke  
... Beisprechung mit dem  
... der Demokraten der  
... Nach der Berliner  
... die Frage der  
... die immer dringender  
... werden.

Redakteur Heinrich  
... des Verdachts  
... amtlicher Akten  
... in der Nähe  
... ist seit einer  
... da er in seiner  
... Verhaftung

öffnen, um nach ihr  
... die alte Schliefte, so  
... die Hände über  
... zur Seite  
... wohl — es war  
... aus, die Stirn  
... was über ihr  
... berührten, fühlten  
... Aber Lena sagte  
... Hat sich die ewige  
... n gebeten hat.  
... gewünscht, daß  
... Gewusst viele  
... es langsam  
... ihrer schon  
... steht auf den  
... Und ich  
... erter, daß er  
... die Anzeige

widerfahrtes Unrecht erblickt. — Aus  
... der Kommunisten  
... die Aufhebung  
... des Ministeriums  
... in eine  
... Der städtische  
... hat dem  
... bis 150%  
... gegen 10  
... einen Mann  
... die sich  
... dem Wasser,  
... in den Kanal  
... unter dem  
... zu wollen,  
... als die Frau  
... wurde, war

Kriegsberg, 6. Dez. Die  
... der Provinz  
... am  
... Die  
... der  
... den  
... der  
... der

London, 6. Dez. Lloyd  
... gegen seinen  
... seine  
... der  
... der

Washington, 6. Dez. Senator  
... mit Harding  
... die  
... der

Ein zweites  
... 12  
... Alfred  
... Eine  
... den  
... Da  
... in  
... in  
... in  
... in

Die nächsten  
... die  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

Die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

die nächste  
... die  
... die  
... die

